

Ex-Justizminister Tschadek war ein „Blutrichter“

41 Jahre nach dem Tod des früheren Justizministers Otto Tschadek findet ein Wiener Politologe Dokumente, die belegen, dass der SPÖ-Politiker als Militärrichter mindestens vier Menschen zum Tode verurteilt hat.

Peter Mayr

Wien – In Bruck an der Leitha ist die Welt noch in Ordnung: Dort ist man stolz auf seinen großen Sohn. Man hat ihm sogar eine Ausstellung gewidmet, zählt in einer Broschüre seine 28 Ehrenbürgerurkunden sowie auch die Orden auf, darunter das Große Goldene Ehrenzeichen der Republik, der Gregoriusorden der katholischen Kirche, verliehen vom Papst persönlich, und der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

Otto Tschadek, einst Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich und Justizminister der Republik, war ein ehrenwerter Mann. Sogar während des Nationalsozialismus, wo er nach eigenem Bekunden als Militärrichter Milde walten ließ.

So lautete die Vita des SPÖ-Politikers. Nun, mehr als 40 Jahre später, muss Tschadeks Geschichte neu geschrieben werden.

„Es gab schon länger die Vermutung, dass Tschadek nicht der gute Mensch war, als der er sich gerne selbst darstellte“, sagt der Politologe Thomas Geldmacher vom Verein Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ im Gespräch mit dem STANDARD. Ein Aktenfund in deutschen Archiven belegt nun, dass Tschadek ab September 1941 als Marinerichter am Nazi-Gericht im deutschen Kiel zumindest vier Menschen zum Tode verurteilt hat. „Diese Todesurteile zeigen, dass Tschadek genau einer jener Blutrichter war, von denen er sich so hartnäckig distanzieren wollte“, sagt Geldmacher. Denn: „Tschadek war Täter.“

Dabei war der Sohn eines Lehrers, der am 31. Oktober 1904 in Trautmannsdorf nahe Bruck an der Leitha geboren worden war, während seines Studiums der

Rechtswissenschaften bei den sozialistischen Studierenden aktiv, ab 1927 sogar deren Vereinsobmann. Als im selben Jahr sein Vater starb, half ihm die Partei, besonders der spätere Innenminister und damalige Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich, Oskar Helmer. Tschadek erhielt ein Stipendium und fand in Helmer einen Mentor auf Lebenszeit. Seine sozialistische Gesinnung brachte Tschadek während des Austrofaschismus sogar in Haft. Sieben Monate wurde er in den Anhaltelagern Kaisersteinbruch und Wöllersdorf eingesperrt.

Am 25. August 1940 rückte er bei der Wehrmacht ein und wurde zur Marine nach Norddeutschland versandt. Ab September 1941 war er in Kiel Militärrichter. Dort verurteilte er unter anderem Ernst Stabenow am 21. September 1942 wegen Fahnenflucht zum Tode – und zusätzlich auch noch zum „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und zu fünf Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von RM (Reichsmark, Anm. d. Red.) 400“. Für den Wiener For-



Marinerichter Otto Tschadek.

Foto: Kultur- u. Museumsverein Bruck/Leitha

scher Geldmacher ist bemerkenswert, dass Tschadek sich bei seinem ersten Fahnenfluchtfall nicht bloß mit der Höchststrafe begnügte. 1943 ließ der spätere SPÖ-Politiker Ludwig Becker als „Volkschädling“ hinrichten. Im November 1944 verhängte er gegen den Marinesoldaten Heinrich Laurien wegen angeblicher Plünderung die Todesstrafe. Dieses Urteil war offenbar selbst seinen Vorgesetzten zu hart, es wurde in eine Zuchthausstrafe umgewandelt.

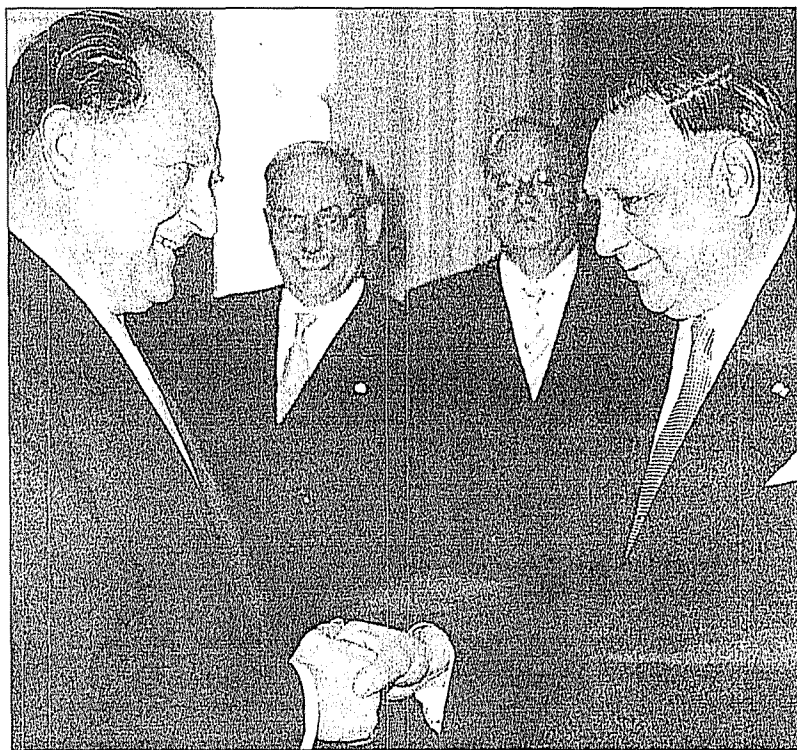
Andere Akten, die Geldmacher bekannt sind, belegen aber auch, dass Tschadek beim Delikt der sogenannten Wehrkraftzersetzung „überwiegend milde Urteile“ ausgesprochen habe. Nicht im Fall Kurt Kuschke. Den verurteilte er zum Tode, am 8. Jänner 1943 wurde der Mann hingerichtet.

Schnelle Karriere in Rot

Trotz seiner Richtervergangenheit wurde Tschadek nach dem Krieg von den Alliierten als Bürgermeister von Kiel eingesetzt, wo er bis heute einen Ehrenbürgerstatus genießt. Dort gründete er auch die neue städtische SPD mit. Seine Weste war reingewaschen, die Karriere in der Politik konnte beginnen. 1946 holte ihn sein Mentor Helmer, der damals für die SPÖ in der Regierung saß, ins österreichische Parlament. Drei Jahre später war Tschadek Justizminister, ein Amt, das er von 1949 bis 1952 und von 1956 bis 1960 ausübte. Danach wurde er Landeshauptmann-Vize in Niederösterreich.

Seine Todesurteile hat Tschadek zu Lebzeiten stets verschwiegen. „Viele waren der Meinung, dass ein Kriegsrichter auch ein Blutrichter sein musste. In Wirklichkeit lagen die Dinge vollkommen anders“, schrieb er in seiner Autobiografie. In einer vom heutigen STANDARD-Herausgeber Oscar Bronner mitgestalteten Radiosendung aus dem Jahr 1965 meinte er sogar, „man konnte als Richter in der damaligen Zeit, wenn man einige Zivilcourage hatte, sogar manches Unheil verhindern.“

„Was ist sonst ein Blutrichter?



Doppel-Justizminister Otto Tschadek (re.) 1960 am Ende seiner zweiten Amtszeit mit Nachfolger Christian Broda. F.: ORF Archiv / ONB Bildarchiv

Mit diesen vier Urteilen ist er das“, sagt der Wiener Politologe Walter Manoschek und verweist auf den Fall Filbinger, der Deutschland in den 1970er-Jahren beschäftigt hatte. Damals musste der CDU-Politiker Hans Filbinger wegen ebenfalls vier Todesurteilen aus seiner Zeit als NS-Militärrichter als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktreten. Manoschek: „Auch der Umgang mit der eigenen Vergangenheit war ähnlich: Beide hatten kein Unrechtsbewusstsein.“ Dass nach wie vor belastende Akten aus der NS-Zeit auftauchen, überrascht Manoschek nicht: „Es gibt in vielen Berufsständen, bei den Ärzten etwa oder eben bei den Richtern, keine historische Aufarbeitung. Eben weil da noch einige Leichen im Keller liegen, herrscht daran wenig Interesse.“

Tschadeks Leben wird nun in die Wanderausstellung „Was damals Recht war ...“ eingearbeitet, die sich mit den Opfern und Tä-

tern der Militärjustiz beschäftigt und im Herbst 2009 in Wien zu sehen war. „Jetzt kommt die Ausstellung nach Klagenfurt, und Tschadeks Vita wird eine der fünf Täter-Biografien sein, die dort angeführt werden“, erzählt der Politologe Geldmacher. Am 9. September startet die Schau im Künstlerhaus.

Otto Tschadek wurde 1969 in einem Ehrengrab in Bruck an der Leitha beigesetzt. Es mag eine Ironie der Geschichte sein, dass Tschadek sein Ministeramt 1960 ausgerechnet an seinen Parteikollegen Christian Broda übergab. Denn auch Broda hatte Kontakt mit der NS-Militärjustiz. Er war 1943 wegen „Nichtanzeige eines hochverräterischen Unternehmens“ zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

Geldmacher, Thomas (Hg.) u. a., „Da machen wir nicht mehr mit ...“ Österreichische Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht, Mandelbaum Verlag, 240 Seiten, 24,90 Euro.

SPÖ in der Steiermark vorne

Falsche Umfragewerte veröffentlicht

Wien – In der Ausgabe vom vergangenen Montag hat der STANDARD eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Market zur steirischen Landtagswahl veröffentlicht. Laut dieser Umfrage sei die ÖVP bei 39 Prozent und die SPÖ bei 37 Prozent gelegen.

Wie Market-Chef Werner Beutelmeyer dem STANDARD am Freitag mitteilte, seien diese Zahlen falsch gewesen. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärt Beutelmeyer dazu: „Die im STANDARD am Montag veröffentlichte Market-Hochrechnung zeigt eine Kopf-an-Kopf-Situation von SPÖ und ÖVP in der Steiermark, allerdings hat Market irrtümlicherweise beim Übertragen der Hochrechnungsergebnisse in den Tabellenband die Werte von SPÖ und ÖVP vertauscht. Die korrekte Ausgabe

wäre gewesen: 39 Prozent SPÖ, 37 Prozent ÖVP, von Market ausgewiesen wurden 37 Prozent SPÖ, 39 Prozent ÖVP. Market übernimmt die volle Verantwortung und entschuldigt sich beim STANDARD für die Vertauschung der Werte.“

Der STANDARD bedauert, unrichtige Zahlen einer Meinungsumfrage veröffentlicht zu haben, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass der Fehler bei Market gelegen ist.

Auch eine SPÖ-interne Umfrage deutet auf eine Erholung der SPÖ hin. SPÖ und ÖVP lägen derzeit „rund um 40 Prozent“, sagte SP-Landesgeschäftsführer Anton Vukan. Wobei der Abstand in den Persönlichkeitswerten zwischen Landeshauptmann Franz Voves und seinem ÖVP-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer zugunsten von Voves größer werde. (red)

Rote Rotation nach Wien-Wahl

Gerüchte um SP-Regierungsumbildung im Herbst

Wien – Die Wiener Wahl ist noch nicht geschlagen, schon wuchern Gerüchte um Personalrochaden zwischen roter Bundes- und Wiener Landesregierung. Bundeskanzler Werner Faymann soll dem Vernehmen nach die Ergebnisse in der Steiermark und in Wien abwarten, um zu realisieren, was angeblich schon lange auf seiner Agenda stehe: die Ablöse von Gesundheitsminister Alois Stöger.

Dem etwas sperrigen Oberösterreicher könnte, so spekulieren SP-Insider, eine g'standene Wienerin folgen: Sonja Wehsely, die derzeitige Gesundheitsstadträtin, könnte auf den Ministersessel wechseln. Damit wäre der Weg nach Wien frei für Staatssekretär Andreas Schieder, auf den Bürgermeister Michael Häupl große Stücke halten soll – mögliche Nach-

folge inbegriffen. Denn Schieder und Wehsely sind verheiratet, ein Ehepaar in der Regierung würde weder in Wien noch im Bund einen schlanken Fuß machen.

Freilich ist unklar, welche Position Schieder einnehmen sollte: Wiens Finanz- und Wirtschaftsstadtrat ist mit Renate Brauner fest besetzt. Dass Brauner in den Bund wechseln könnte, gilt als unwahrscheinlich – als Vizebürgermeisterin ist sie allemal mächtiger denn als Gesundheitsministerin, mit Werner Faymann hat sie sich schon in Wien nicht besonders verstanden. Das gilt selbst dann, wenn sie, wie kolportiert wird, keine Chance mehr auf die Häupl-Nachfolge haben sollte.

Freilich hat Brauner bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise in Wien aus SP-Sicht gute Figur gemacht – und es sei keineswegs ausgemachte Sache, dass Wohnbaustadtrat Michael Ludwig bessere Karten hat. Ohnedies rechnet man in Wien nicht mit einem schnellen Abgang Häupls: Sogar bei einem Verlust der Absoluten sei nicht damit zu rechnen, dass Häupl sofort gehe.

KURZ GEMELDET

Schmied: Ohne Bund keine Schulreformen möglich

Wien – „Reformpolitik braucht Bundeskompetenz“, untermauerte Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) Donnerstagabend im Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten ihr striktes Nein zu der von mehreren Landeshauptleuten gewünschten Verschiebung der Kompetenzen für alle Lehrer zu den Ländern. Die Bundeslehrer seien jener Bereich, in dem es ein funktionierendes Controlling gebe. (nim)

Aufwand für Pflege wächst dramatisch

Wien – Doppelt so viele Einsatzstunden für mobile Pflegedienste, von 1,3 Milliarden auf zwei Milliarden steigende Förderkosten: Mit diesem Pflegeaufwand rechnen die Länder laut Ö1 in zehn Jahren. Diakonie und Caritas fordern gegen per Vermögenszuwachssteuer gespeisten Pflegefonds, um die Kosten zu decken. (APA)

„Uni brennt“ kündigt Proteste für Herbst an

Linz – Aktivisten von „Uni brennt“ haben bei der Ars Electronica am Freitag angekündigt, nach der

VERANSTALTUNGEN

Info: Eva Faymann, T. 01/531 70-133, E-Mail: eva.faymann@derstandard.at

»Traumabehandlung & Traumatherapie« – Upgrade MSC

»Sustainability & Innovation« – MBA Infoseminar: 23. Sep, 18 Uhr, ARGE-Haus,

Ex-Justizminister Tschadek war ein „Blutrichter“

41 Jahre nach dem Tod des früheren Justizministers Otto Tschadek findet ein Wiener Politologe Dokumente, die belegen, dass der SPÖ-Politiker als Militärrichter mindestens vier Menschen zum Tode verurteilt hat.

Peter Mayr

Wien – In Bruck an der Leitha ist die Welt noch in Ordnung: Dort ist man stolz auf seinen großen Sohn. Man hat ihm sogar eine Ausstellung gewidmet, zählt in einer Broschüre seine 28 Ehrenbürgerurkunden sowie auch die Orden auf, darunter das Große Goldene Ehrenzeichen der Republik, der Gregoriusorden der katholischen Kirche, verliehen vom Papst persönlich, und der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

Otto Tschadek, einst Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich und Justizminister der Republik, war ein ehrenwerter Mann. Sogar während des Nationalsozialismus, wo er nach eigenem Bekunden als Militärrichter Milde walten ließ.

So lautete die Vita des SPÖ-Politikers. Nun, mehr als 40 Jahre später, muss Tschadeks Geschichte neu geschrieben werden.

„Es gab schon länger die Vermutung, dass Tschadek nicht der gute Mensch war, als der er sich gerne selbst darstellte“, sagt der Politologe Thomas Geldmacher vom Verein Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ im Gespräch mit dem STANDARD. Ein Aktenfund in deutschen Archiven belegt nun, dass Tschadek ab September 1941 als Marinerichter am Nazi-Gericht im deutschen Kiel zumindest vier Menschen zum Tode verurteilt hat. „Diese Todesurteile zeigen, dass Tschadek genau einer jener Blutrichter war, von denen er sich so hartnäckig distanzieren wollte“, sagt Geldmacher. Denn: „Tschadek war Täter.“

Dabei war der Sohn eines Lehrers, der am 31. Oktober 1904 in Trautmannsdorf nahe Bruck an der Leitha geboren worden war, während seines Studiums der

Rechtswissenschaften bei den sozialistischen Studierenden aktiv, ab 1927 sogar deren Vereinsobmann. Als im selben Jahr sein Vater starb, half ihm die Partei, besonders der spätere Innenminister und damalige Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich, Oskar Helmer. Tschadek erhielt ein Stipendium und fand in Helmer einen Mentor auf Lebenszeit. Seine sozialistische Gesinnung brachte Tschadek während des Austrofaschismus sogar in Haft. Sieben Monate wurde er in den Anhaltelagern Kaisersteinbruch und Wöllersdorf eingesperrt.

Am 25. August 1940 rückte er bei der Wehrmacht ein und wurde zur Marine nach Norddeutschland versandt. Ab September 1941 war er in Kiel Militärrichter. Dort verurteilte er unter anderem Ernst Stabenow am 21. September 1942 wegen Fahnenflucht zum Tode – und zusätzlich auch noch zum „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und zu fünf Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von RM (Reichsmark, Anm. d. Red.) 400“. Für den Wiener For-



Marinerichter Otto Tschadek.

Foto: Kultur- u. Museumsverein Bruck/Leitha

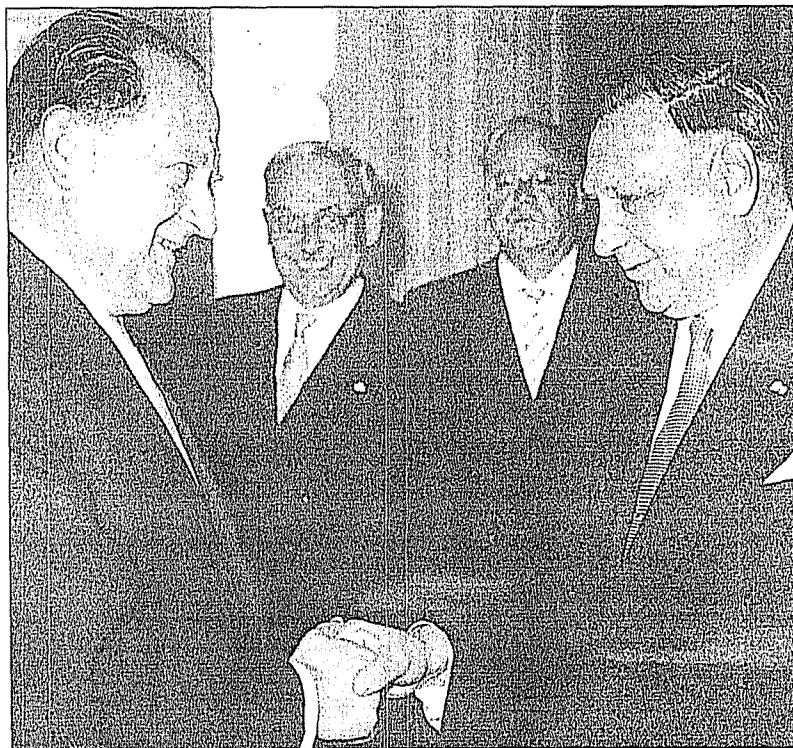
scher Geldmacher ist bemerkenswert, dass Tschadek sich bei seinem ersten Fahnenfluchtfall nicht bloß mit der Höchststrafe begnügte. 1943 ließ der spätere SPÖ-Politiker Ludwig Becker als „Volkschädling“ hinrichten. Im November 1944 verhängte er gegen den Marinesoldaten Heinrich Laurien wegen angeblicher Plünderung die Todesstrafe. Dieses Urteil war offenbar selbst seinen Vorgesetzten zu hart, es wurde in eine Zuchthausstrafe umgewandelt.

Andere Akten, die Geldmacher bekannt sind, belegen aber auch, dass Tschadek beim Delikt der sogenannten Wehrkraftzersetzung „überwiegend milde Urteile“ ausgesprochen habe. Nicht im Fall Kurt Kuschke. Den verurteilte er zum Tode, am 8. Jänner 1943 wurde der Mann hingerichtet.

Schnelle Karriere in Rot

Trotz seiner Richter Vergangenheit wurde Tschadek nach dem Krieg von den Alliierten als Bürgermeister von Kiel eingesetzt, wo er bis heute einen Ehrenbürgerstatus genießt. Dort gründete er auch die neue städtische SPD mit. Seine Weste war eingewaschen, die Karriere in der Politik konnte beginnen. 1946 holte ihn sein Mentor Helmer, der damals für die SPÖ in der Regierung saß, ins österreichische Parlament. Drei Jahre später war Tschadek Justizminister, ein Amt, das er von 1949 bis 1952 und von 1956 bis 1960 ausübte. Danach wurde er Landeshauptmann-Vize in Niederösterreich.

Seine Todesurteile hat Tschadek zu Lebzeiten stets verschwiegen. „Viele waren der Meinung, dass ein Kriegsrichter auch ein Blutrichter sein musste. In Wirklichkeit lagen die Dinge vollkommen anders“, schrieb er in seiner Autobiografie. In einer vom heutigen STANDARD-Herausgeber Oscar Bronner mitgestalteten Radiosendung aus dem Jahr 1965 meinte er sogar, „man konnte als Richter in der damaligen Zeit, wenn man einige Zivilcourage hatte, sogar manches Unheil verhindern.“ „Was ist sonst ein Blutrichter?



Doppel-Justizminister Otto Tschadek (re.) 1960 am Ende seiner zweiten Amtszeit mit Nachfolger Christian Broda. F.: ORF Archiv / ONB Bildarchiv

Mit diesen vier Urteilen ist er das“, sagt der Wiener Politologe Walter Manoschek und verweist auf den Fall Filbinger, der Deutschland in den 1970er-Jahren beschäftigt hatte. Damals musste der CDU-Politiker Hans Filbinger wegen ebenfalls vier Todesurteilen aus seiner Zeit als NS-Militärrichter als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktreten. „Manoschek: „Auch der Umgang mit der eigenen Vergangenheit war ähnlich: Beide hatten kein Unrechtsbewusstsein.“ Dass nach wie vor belastende Akten aus der NS-Zeit auftauchen, überrascht Manoschek nicht: „Es gibt in vielen Berufsständen, bei den Ärzten etwa oder eben bei den Richtern, keine historische Aufarbeitung. Eben weil da noch einige Leichen im Keller liegen, herrscht daran wenig Interesse.“

Tschadeks Leben wird nun in die Wanderausstellung „Was damals Recht war ...“ eingearbeitet, die sich mit den Opfern und Tä-

tern der Militärjustiz beschäftigt und im Herbst 2009 in Wien zu sehen war. „Jetzt kommt die Ausstellung nach Klagenfurt, und Tschadeks Vita wird eine der fünf Täter-Biografien sein, die dort angeführt werden“, erzählt der Politologe Geldmacher. Am 9. September startet die Schau im Künstlerhaus.

Otto Tschadek wurde 1969 in einem Ehrengrab in Bruck an der Leitha beigesetzt. Es mag eine Ironie der Geschichte sein, dass Tschadek sein Ministeramt 1960 ausgerechnet an seinen Parteikollegen Christian Broda übergab. Denn auch Broda hatte Kontakt mit der NS-Militärjustiz. Er war 1943 wegen „Nichtanzeige eines hochverräterischen Unternehmens“ zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

Geldmacher, Thomas (Hg.) u. a., „Da machen wir nicht mehr mit ...“ Österreichische Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht, Mandelbaum Verlag, 240 Seiten, 24,90 Euro.

KURZ GEMELDET

Schmied: Ohne Bund keine Schulreformen möglich

Wien – „Reformpolitik braucht Bundeskompetenz“, untermauerte Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) Donnerstagabend im Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten ihr striktes Nein zu der von mehreren Landeshauptleuten gewünschten Verschiebung der Kompetenzen für alle Lehrer zu den Ländern. Die Bundeslehrer seien jener Bereich, in dem es ein funktionierendes Controlling gebe. (nim)

Aufwand für Pflege wächst dramatisch

Wien – Doppelt so viele Einsatzstunden für mobile Pflegedienste, von 1,3 Milliarden auf zwei Milliarden steigende Förderkosten: Mit diesem Pflegeaufwand rechnen die Länder laut Ö1 in zehn Jahren. Diakonie und Caritas fordern einen per Vermögenzuwachssteuer gespeisten Pflegefonds, um die Kosten zu decken. (APA)

„Uni brennt“ kündigt Proteste für Herbst an

LinZ – Aktivisten von „Uni brennt“ haben bei der Ars Electronica am Freitag angekündigt, nach der Wien-Wahl am 10. Oktober wie-

SPÖ in der Steiermark vorne

Falsche Umfragewerte veröffentlicht

Wien – In der Ausgabe vom vergangenen Montag hat der STANDARD eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Market zur steirischen Landtagswahl veröffentlicht. Laut dieser Umfrage sei die ÖVP bei 39 Prozent und die SPÖ bei 37 Prozent gelegen.

Wie Market-Chef Werner Beutelmeyer dem STANDARD am Freitag mitteilte, seien diese Zahlen falsch gewesen. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärt Beutelmeyer dazu: „Die im STANDARD am Montag veröffentlichte Market-Hochrechnung zeigt eine Kopf-an-Kopf-Situation von SPÖ und ÖVP in der Steiermark, allerdings hat Market irrtümlicherweise beim Übertragen der Hochrechnungsergebnisse in den Tabellenband die Werte von SPÖ und ÖVP vertauscht. Die korrekte Ausgabe

wäre gewesen: 39 Prozent SPÖ, 37 Prozent ÖVP, von Market ausgewiesen wurden 37 Prozent SPÖ, 39 Prozent ÖVP. Market übernimmt die volle Verantwortung und entschuldigt sich beim STANDARD für die Vertauschung der Werte.“

Der STANDARD bedauert, unrichtige Zahlen einer Meinungsumfrage veröffentlicht zu haben, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass der Fehler bei Market gelegen ist.

Auch eine SPÖ-interne Umfrage deutet auf eine Erholung der SPÖ hin. SPÖ und ÖVP lagen derzeit „rund um 40 Prozent“, sagte SP-Landesgeschäftsführer Anton Vukan. Wobei der Abstand in den Persönlichkeitswerten zwischen Landeshauptmann Franz Voves und seinem ÖVP-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer zugunsten von Voves größer werde. (red)

Rote Rotation nach Wien-Wahl

Gerüchte um SP-Regierungsumbildung im Herbst

Wien – Die Wiener Wahl ist noch nicht geschlagen, schon wuchern Gerüchte um Personalrochaden zwischen roter Bundes- und Wiener Landesregierung. Bundeskanzler Werner Faymann soll dem Vernehmen nach die Ergebnisse in der Steiermark und in Wien abwarten, um zu realisieren, was angeblich schon lange auf seiner Agenda stehe: die Ablöse von Gesundheitsminister Alois Stöger.

Dem etwas sperrigen Oberösterreicher könnte, so spekulieren SP-Insider, eine g'standene Wienerin folgen: Sonja Wehsely, die derzeitige Gesundheitsstadträtin, könnte auf den Ministersessel wechseln. Damit wäre der Weg nach Wien frei für Staatssekretär Andreas Schieder, auf den Bürgermeister Michael Häupl große Stücke halten soll – mögliche Nach-

folge inbegriffen. Denn Schieder und Wehsely sind verheiratet, ein Ehepaar in der Regierung würde weder in Wien noch im Bund einen schlanken Fuß machen.

Freilich ist unklar, welche Position Schieder einnehmen sollte: Wiens Finanz- und Wirtschaftsstadtrat ist mit Renate Brauner fest besetzt. Dass Brauner in den Bund wechseln könnte, gilt als unwahrscheinlich – als Vizebürgermeisterin ist sie allemal mächtiger denn als Gesundheitsministerin, mit Werner Faymann hat sie sich schon in Wien nicht besonders verstanden. Das gilt selbst dann, wenn sie, wie kolportiert wird, keine Chance mehr auf die Häupl-Nachfolge haben sollte.

Freilich hat Brauner bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise in Wien aus SP-Sicht gute Figur gemacht – und es sei keineswegs ausgemachte Sache, dass Wohnbaustadtrat Michael Ludwig bessere Karten hat. Ohnedies rechnet man in Wien nicht mit einem schnellen Abgang Häupls: Sogar bei einem Verlust der Absoluten sei nicht damit zu rechnen, dass Häupl sofort gehe.

Sollte es allerdings wider rotes

VERANSTALTUNGSANZEIGEN

bozallite Anzeigen

Wiederholungsanzeigen: 10% Aufschlag

Wiederholungsanzeigen: 10% Aufschlag

Wiederholungsanzeigen: 10% Aufschlag

»Traumabehandlung & Traumatherapie« – Upgrade MSC
Infoseminar: 14. Sep. 19.30 Uhr, ARGE-Haus.

»Sustainability & Innovation« – MBA
Infoseminar: 23. Sep. 18 Uhr, ARGE-Haus.

»Sustainability & Innovation« – MBA
Infoseminar: 23. Sep. 18 Uhr, ARGE-Haus.